Sitzungsvorlage
J/020/2019

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Jugendhilfeausschuss	14.02.2019	öffentlich	Bericht

Betreff:

Eingliederungshilfe für Kindergartenkinder mit Asylbewerberstatus; hier: Anträge der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen vom 17.04.2018 und SPD vom 08.03.2017

Anlagen:
4_1_Bericht_Eingliederungshilfe_für_Kindergartenkinder_mit_Asylbewerberstatus v_2
4_01_20170308_Antrag_SPD_Gleiche_Startchancen_für_alle_Kinder_mit_Behinderung
4_02_Antrag_Bündnis_90_Die_Grünen_Inklusion_Kinder_von_Asylbewerberinnen

Sachverhalt (kurz):

Die SPD-Fraktion hat am 8. März 2017 und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben am 17. April 2018 eine Anfrage zu dem Sachverhalt gestellt.
Für Kinder mit Asylbewerberstatus und Eingliederungshilfebedarf nach SGB XII, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, werden keine Leistungen vom Bezirk geleistet und auch nicht der Faktor 4,5 berücksichtigt. Fälle von Kindern mit Asylbewerberstatus, für die der Faktor 4,5 nicht geleistet werden konnte, wurden dem Jugendamt von der Lebenshilfe und vom STAPF in deren integrativen Einrichtungen bekannt. Vom Sozialamt wird lediglich ein Tagessatz für jeden Anwesenheitstag des Kindes geleistet, mit dem die Kosten für Eingliederungsarbeit einer Heilpädagogin/eines Heilpädagogen getragen werden. Der Gewichtungsfaktor 4,5, mit dem der höhere Personalbedarf in der Kindertageseinrichtung normalerweise bezuschusst wird, kann jedoch in diesen Fällen nicht bewilligt werden, weil dazu die gesetzliche Grundlage fehlt.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

- ☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- ☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- ☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Leistung gilt grdsl. für junge Menschen unabhängig der Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung. Geschlechterspezifische Anforderungen sowie die Barrierefreiheit werden berücksichtigt.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **SHA**

☐

☐

Beschlussvorschlag:

entfällt, da Bericht